Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 116 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 12. März

Anzeigenpreis: Hiesige Inseraten je Zeile 80 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei vorheriger Kasse.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

In 10 Tagen Vorfriedensschluß zu Versailles

Deutschland tritt in den Völkerbund ein und nimmt die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Welt wieder auf

Die Frage der Entschädigung

(Von unserm Sonderberichterstatter.)

Bern, 11. März.

Die deutschen Delegierten sollen bereits gegen den 20. März nach Versailles kommen, um dort die Bedingungen des Präliminarfriedens entgegenzunehmen. Der Wirtschafts-Ausschuß der Konferenz beschäftigt sich bereits mit den Fragen der Feststellung der geschäftlichen Interessen der einzelnen Alliierten. Die Regelung der Frage, inwieweit die früher geschlossenen Handelsverträge wieder in Kraft treten oder geändert werden sollen, bildet jetzt das Hauptinteresse dieser Kommission. Ueberhaupt werden die Verhandlungen jetzt in großem Maße von der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Staaten untereinander beherrscht. Der Völkerbund wird hiervon nicht getrennt behandelt. Es wird damit gerechnet, daß auch Deutschland bald in den Völkerbund eintreten soll. Für Deutschland könnte dann der Fall eintreten, daß es als Mitglied des Völkerbundes, der Stimme der Mehrheit folgend, genötigt wäre, den Durchmarsch der Ententetruppen nach Rußland zu gestatten und zu unterstützen. Eine Entschließung der Alliierten zur völligen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Rußland dürfte nunmehr als beschlossene Tatsache anzusehen sein.

In beteiligten Kreisen weiß man sehr wohl, daß der Friedensschluß die Feststellung der Tatsache mit sich bringen wird, daß Deutschland nicht entfernt den Teil der Entschädigung leisten kann, welchen die Entente-Staatsmänner ihren Völkern versprochen haben. Man befürchtet hieraus schwere politische Rückschläge, denen man mit Besorgnis entgegensieht. Durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, die im Zusammenhang mit dem Friedensschluß geplant ist, will man ihm durch finanzielle Operationen die Möglichkeit bieten, die Entschädigungen wenigstens auf dem Papier zu leisten, so daß die Entente-Regierungen theoretisch in der Lage wären, ihren Völkern zu erklären, daß sie die versprochenen Summen aus Deutschland herausgeholt hätten.

Die Verhandlungen in Brüssel

Paris, 11. März.

Admiral Wemiß ist nach Brüssel abgereist, wo er mit der deutschen Kommission zur Fortsetzung der in Spaa unterbrochenen Verhandlungen zusammentreffen wird. Der Admiral begibt sich allein nach Brüssel und ist mit den nötigen Vollmachten ausgerüstet.

London, 11. März. (Reuter.)

„Daily Telegraph" schreibt, daß Aussicht zur Beschaffung der Vorräte an Lebensmitteln, die für die Versorgung sowohl der befreiten, als auch der feindlichen Völker bis zur nächsten Ernte ausreichen, bestehen; die Organisation ist dafür geschaffen und die Finanzierung bietet keine Schwierigkeiten.

Schluß mit den russischen Geldern

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Berlin, 11. März.

Der Nationalversammlung in Weimar ist heute ein Gesetzentwurf zugegangen, der den Zweck hat, der Finanzierung der bolschewistischen Bewegung in Deutschland durch russische Staatsgelder ein Ende zu machen.

Die Kirche im neuen Reich

Deutsche Nationalversammlung

Weimar, 11. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 und teilt mit, daß die Verabredung des im Halle gebildeten Oberstleutnants von Klüber heute nachmittag 3 Uhr daselbst stattfindet. Die Nationalversammlung wird durch eine Abordnung bei der Beisetzung vertreten sein und durch diese einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen niederlegen lassen. Die Nationalversammlung hörte die Worte der Anerkennung und des Dankes für den in bestialischer Weise Hingemordeten stehend an. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Auf die Anfrage des Abg. Lehmann (Soz.), was die Regierung zur restlosen Erfassung der auf dem Lande vielfach verborgen gehaltenen Nortoffelbestände zu tun gedenke, erwidert

Ernährungsminister Schmidt, daß die zuständigen Behörden wiederholt zu schärfer Bewachung aufgefordert wurden. Der Kartoffelsport werde beim Eintritt frostfreien Wetters in verstärktem Maße wieder aufgenommen werden.

Abg. Gellmann (Soz.) fragt, ob die Regierung in der Lage sei, die schleunige Aufhebung des Verbotes des Oberstkommandierenden der Alliierten zu erlangen, im besetzten Gebiet Reichsmonopolen zu den Gemeindebetrieben vorzunehmen.

Staatsminister Albert: Auf eine Anfrage der deutschen Regierung hat General Nudant erwidert, die Besatzungsarmee hätten ein Interesse daran, daß die gegenwärtig im Amte befindlichen Kommunalbehörden vorläufig noch bleiben. Die Erfüllung der Forderung sei ausschlossen.

Es folgt die Interpellation Arnstadt und Genossen über das Verhältnis von Staat und Kirche. Als Abg. Kaman (Soz.) das Wort zur Begründung nimmt, erklärt

Präsident Fehrenbach, es sei kein Vertreter des Innenministeriums da zur Beantwortung der Interpellation. Es werde daher keinen richtigen Sinn haben, die Interpellation weiter zu verhandeln. Ihm werde jetzt gesagt, der Antrag sei formuliert und werde verlesen werden. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der Kolonialminister Dr. Bell namens der Regierung erklärt, daß der Vorwurf einer Rücksichtslosigkeit der Regierung gegenüber den Interpellanten unangebracht sei, die Interpellation sei im Kabinett eingehend besprochen worden, wird schließlich beschlossen, weiter zu verhandeln.

Abg. Mumm (Deutschnat.) (zur Begründung): Es ist das Empfinden weitester Volkskreise, daß wir an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes stehen. Unser armes Vaterland braucht im Innern Ruhe und Frieden. Aber die Herren Ebert und Scheidemann haben ihm diesen Frieden nicht gegönnt. Eine ihrer ersten Taten war, den Sprecher der freireligiösen Gemeinde, Herrn Adolf Hoffmann, an die Spitze des preußischen Kultusministeriums zu stellen. Redner erörtert dann die vom sächsischen Volksbeauftragten Hug erlassenen Verordnungen über das Verhältnis von Kirche und Staat. Hug habe auch die Simultanschule durchgeführt, ohne irgendwie für einen konfessionellen Religionsunterricht zu sorgen. Ebenso ist in Hamburg die Brandfackel des religiösen Zwistes in die Bevölkerung hineingeschleudert worden. In Braunschweig hat man sich nicht einmal damit aufgehalten, Verordnungen zu machen. Die Schulkinder der Hauptstadt wurden hier von den sogenannten Volkskommissaren zu einer antichristlichen Weihnachtsfeier im Dome zusammengebracht, bei der es geradezu unglaublich zuging. In Mecklenburg planen die Gewaltherrscher die konfessionslose Einheitsschule. Wir rufen der Regierung zu: Keinen Schritt weiter auf dem Wege gesetzlicher Verordnungen!

Wir fordern für unsere Kinder die christliche Schule

und den christlichen Religionsunterricht. Wie positiv zu verfahren ist, zeigt Württemberg. Die Deutschnationale Volkspartei kämpft für die Erhaltung der kirchlichen Grundlage in Staat, Familie und Schule. Die Seele der Jugend für den lebendigen Glauben zu gewinnen, ist des christlichen Lehrers herrliche Aufgabe. Hier liegen die Kräfte, durch die wir einer Zukunft gewiß sind.

Reichskolonialminister Dr. Bell: Der Minister des Innern, der in dringenden Reichsangelegenheiten nach Berlin berufen worden ist, hat leider der Verkehrsschwierigkeiten wegen nicht rechtzeitig hier eintreffen können. Ich habe im Namen der Reichsregierung folgende Erklärung abzugeben: Das Reich besitzt gegenwärtig keine Zuständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Die Regierung kann deshalb nicht gegen etwaige gliedstaatliche Eingriffe in die Regelung des Religionsunterrichts Stellung nehmen. Inwieweit in die Reichsverfassung

Normativbestimmungen über das Unterrichtswesen

aufzunehmen sind, wird bei Beratung der Reichsverfassung zu prüfen sein.

Abg. Hellmann (Soz.): Bei der Verhandlung der Angelegenheit von Kirche und Staat hat sich die ganze Ueberhebung und Herrschsucht der kirchlichen Kreise gezeigt. Die Kirche ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Kirche selbst hat Schuld daran, daß so große Teile des Volkes ihr feindlich gesinnt sind. (Lärm und Widerspruch rechts und im Zentr.) Wir geben aber ohne weiteres zu, daß die einzelstaatlichen Eingriffe in den Religionsunterricht taktisch unklug und vielfach auch taktlos waren. Sie waren auch undemokratisch, weil sie der deutschen und den einzelstaatlichen Nationalversammlungen vorgriffen. Diese einzelstaatlichen Eingriffe entsprangen letzten Endes aber der langen und schweren Gewissensnot weiter Kreise. Wir verlangen im Interesse der vollen Gewissensfreiheit die Beseitigung des Religionsunterrichts als besonderen Unterrichtsgegenstandes. Die religionslose Schule soll nicht religionsfeindlich sein, nur kirchenfeindlich. Unser Ideal ist die duldende Menschlichkeit von Lessings Nathan. Aber es ist unmöglich, die religiöse Unterweisung mit einem Schlage zu beseitigen, und deshalb haben die Revolutionsregierungen falsch gehandelt. Eine Uebergangszeit ist notwendig.

Abg. Dr. Mansbach (Ztr.): Wir haben ein tiefernstes Bild von den Mißgriffen einiger Gliedstaaten erhalten. Wir wollen, daß der Religionsunterricht unter Aufsicht der Kirchen ein Teil des Lehrplanes der Volksschule sei. Das Reich ist allerdings nicht zuständig. Aber eine freundnachbarliche Einwirkung wäre möglich. Wir müssen Gewicht darauf legen, daß die Sicherstellung der staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen, und die Gewissens- und Religionsfreiheit in der Reichsverfassung festgelegt wird. Das Beispiel anderer demokratisch regierter Staaten zeigt, daß bei religiösen Freiheiten der Friede der Konfessionen und die bürgerliche Wohlfahrt am besten gedeihen. Eine Kirchen- und Schulpolitik à la Adolf Hoffmann würde Deutschland dem vollen Untergange entgegenführen. Gesichtspunkte des inneren und äußeren Friedens mahnen uns in den Kirchen- und Schulfragen zu großer Vorsicht.

Hierauf werden die Verhandlungen auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

In der Nachmittagssitzung sprach zuerst

Abg. Weiß (Dem.): Die Regierung hat recht, wenn sie sich für unzuständig erklärt. Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben. Die Stellung und Bedeutung des Religionsunterrichts in der Schule hängt ganz ab von der Auffassung über die Staatsschule. Wegen der Mängel des Religionsunterrichts, die ich durchaus nicht bestreite, soll man ihn aber nicht aus der Schule herausnehmen, sondern daran arbeiten, um eine durchgreifende innere Reform des Religionsunterrichts herbeizuführen. Ein so reformierter Religionsunterricht ist ein wesentliches und organisches Stück im Lehrplane der Schule. Ohne religiöse Kenntnisse und Erkenntnisse dürfen wir unsere Jugend nicht lassen. Gerade der Gedanke der Einheitsschule würde sehr darunter leiden, wenn die religionslose Schule viele Eltern nötigt, ihre Kinder in religiöse Privatschulen zu schicken. Möge ein festes, männliches, frei gesinntes, aber auch fromm empfindendes Geschlecht erzogen werden, das das Erforschbare erforscht und das Unerforschbare ruhen läßt. (Beifall bei den Demokraten, rechts und im Zentrum. Redner wird von vielen Abgeordneten, darunter auch von Mumm, beglückwünscht.)

Abg. Dr. Kretzsch (Dn.): Die Erklärung der Regierung ist für uns in keiner Weise genügend. Wir fordern die christliche Volksschule und den christlichen Unterricht in der Volksschule. Man soll den Religionsunterricht auch nicht den kirchlichen Gesellschaften und nicht dem Hause nehmen. Versuchen Sie nur hineinzubringen in das Volksleben, und Sie werden spüren, daß

das Religiöse noch immer das Heiligste und Teuerste

ist, das anzutasten sich niemand unterfangen sollte. Wenn wir herauskommen wollen aus dem furchtbaren Elend dieser Zeit, aus dem Blutsumpf, in dem wir waten, so kann das nur geschehen von innen heraus durch innere Werte, vor allen Dingen durch die Religion. Schön wäre es, wenn in der Reichsverfassung die Sicherungen für Kirche und christliche Schule, für Religion und Christentum niedergelegt werden könnten, und wenn die Regierung für diese Fragen ein größeres Interesse, und zwar ein wohlwollendes finden könnte.

Abg. Runkel (D. Vp.): Ich kann die letzte Aeußerung des Redners nur unterstreichen. Die Religion darf nie und nimmer zu einer Parteisache herabsinken. Die Religion ist das größte und heiligste Volksgut, das es gibt. Der Religionsunterricht soll an erster Stelle in der Volksschule stehen. Wir wollen Gewissensfreiheit für die Lehrer und das Kind. Ein grauenhaftes Entsetzen packt uns alle über die heutige Verrohung. Aber wir heben die Sittlichkeit nicht durch Parlamentsbeschlüsse und Kommandobefehle, sondern nur durch eine religiöse Erziehung.

Ministerpräsident Scheidemann: Wir waren für heute vormittag auf die Fortsetzung der Sozialisierungsdebatte eingerichtet. Daher kommt es, daß Reichsminister Preuß nicht zur Stelle war. Wir haben nicht im geringsten die Absicht gehabt, etwa Obstruktion zu machen. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß diese Fragen zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehören sollen, dann finden Sie meine volle Zustimmung.

Abg. Frau Zietz (U. S.): Die Revolution hat kraft eigenen Rechtes in einzelnen Bundesstaaten die Verwirklichung der Schule durchgesetzt. Wir verlangen die Einheitsschule, die eine weltliche und Arbeitsschule sein soll. Wir stellen der Religion die große herrliche Weltanschauung des Sozialismus entgegen. Wir denken nie daran, damit irgend einen Gewissenszwang ausüben oder die Gewissensfreiheit antasten zu wollen. Wollen die Eltern ihren Kindern Religionsunterricht geben lassen, so kann das außerhalb der Schule geschehen.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr: Sozialisierungsgesetz, Kohlenwirtschaftsgesetz. Schluß 7½6 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903121-11/fragment/page=0001

Der Ring um Lichtenberg schließt sich

1200 Spartaciden vor dem Kriegsgericht

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Berlin, 11. März.

Im Moabiter Gericht herrscht Hochbetrieb. Dort sind bereits seit mehreren Tagen die außerordentlichen Kriegsgerichte, die auf Grund des Belagerungszustandes eingesetzt worden sind, in Tätigkeit. Jedoch handelt es sich bei den gegenwärtigen Verhandlungen nicht um die letzten folgenschweren Ereignisse, sondern um bereits früher begangene gemeine Verbrechen und Vergehen, die bekanntlich nach der Verhängung des Belagerungszustandes vor die Kriegsgerichte gehören. Schon in den nächsten Tagen werden aber auch die jüngst Verhafteten ihrer gerichtlichen Bestrafung entgegensehen. Welche Arbeit der Kriegsgerichte harrt, zeigt die Tatsache, daß bis jetzt gegen 1200 Spartakisten verhaftet eingeliefert worden sind. Für diese Massenbetriebe langte natürlich das Moabiter Untersuchungsgefängnis nicht aus und so mußten die Verhafteten in großer Zahl auf andere Gefängnisse verteilt werden.

Die Lage in Noskes Hand

Die Lage zeigt heute eine gewisse Entspannung. Allerdings ist ein Nachlassen des Kampfes nicht zu spüren. Von seiten der Regierungstruppen wird mit derselben Anspannung weiter gekämpft, weil die Niederschlagung der kommunistischen Revolte in einen Kleinkrieg ausgeartet ist, der naturgemäß viel schwerer zu bekämpfen ist. Es kann aber jetzt schon gesagt werden, daß durch den immer enger sich um Lichtenberg schließenden Ring die Lage der dort kämpfenden Kommunisten unhaltbar geworden ist. Es haben sich auch bereits einzelne Spartakus-Trupps von nicht unbeträchtlicher Stärke nach den Vororten wie Karlshorst, Biesdorf und anderen zurückgezogen, gegen die Aktionen von Regierungstruppen bereits eingeleitet worden sind, die mit der Besetzung der Orte durch Regierungstruppen beendet ist.

Der Oberbürgermeister von Lichtenberg unterbreitete dem Reichswehrminister das Ersuchen, die Aktion der Regierungstruppen gegen Lichtenberg einzustellen. Zu den angebotenen Bedingungen gehörte die Auflösung einer Volkswehr. Ferner wurde ein Anstausch der Gefangenen und völlige Straffreiheit für alle Spartakisten gefordert. Der Reichswehrminister hat dem Bürgermeister von Lichtenberg die größte Schonung der Stadt zugesichert. Eine Einstellung der Operation kann jedoch gerade um der Bevölkerung willen nicht erfolgen. Vielmehr muß endgültig auch dieser Stützpunkt der Spartakisten gereinigt werden, damit dauernd die Bevölkerung der Stadt Lichtenberg ihrer friedlichen Beschäftigung nachgehen kann.

Der Befehl Noskes, daß jeder, der mit der Waffe in der Hand angetroffen wird, zu erschießen ist, hat seine Wirkung auf die Spartakisten nicht verfehlt. Namentlich, nachdem die gestrige standrechtliche Erschießung von 32 Spartakisten gezeigt hat, daß der Befehl von den Regierungstruppen auch wirklich befolgt wird. Diese Wirkung zeigt, sich in der Tatsache, daß nach den bis zur Stunde eingelieferten Meldungen an allen Standorten, insbesondere um Lichtenberg herum, eine verhältnismäßige Ruhe geherrscht hat und es zu großen Zusammenstößen nicht gekommen ist. Dazu scheint die Mehrzahl der Spartakisten es jetzt vorgezogen zu haben, die Waffen fortzuwerfen und in der Menge unterzutauchen. Dafür sind sie eifrig in der Propagandatätig, um die Menge zu weiteren Gewalttätigkeiten aufzureizen. Im Osten von Berlin haben eine Reihe von Straßenrednern das Publikum aufgefordert, sämtliche Kriminalbeamte zu erschießen oder aus ihrer Wohnung zu holen. Nach Meldungen von spartakistischer Seite sollen auch die Spartakus-Anhänger die Hoffnung haben, die Unruhen bis zum Sommer fortsetzen zu können, zu dessen Beginn der Einmarsch der Bolschewiki erwartet wird. Im Gegensatz hierzu stehen andere Meldungen, die besagen, daß die Spartakisten die Aussichtslosigkeit ihres weiteren Kampfes eingesehen haben und bestrebt sind, ihn durch einen Friedensschluß zu beenden. Sie sollen eine Abordnung zu dem Reichswehrminister Noske mit der Anfrage geschickt haben, zu welchen Bedingungen eine Kapitulation möglich wäre. Natürlich erfuhr diese Abordnung eine völlige Abfertigung, denn es wurde hier erklärt, daß es für die Spartakisten keine Bedingungen gäbe.

Die Spartakisten räumen seit heute morgen die Lichtenberger Stellungen. Sie haben eingesehen, daß sie sich zwischen zwei Feuern befinden und nicht die geringste Aussicht haben, den Kampf mit Erfolg weiterzuführen. Sie haben an den dortigen Barriaden die Maschinengewehre und Handgranaten liegen lassen, zum Teil auch die Gewehre. Sie versuchen jetzt, in westlicher Richtung zu entkommen. Infolgedessen ist an der Oberbaumbrücke eine Sperre eingerichtet worden, an der jeder einzelne gründlich untersucht wird. Die Truppen rückten heute vormittag in breiter Front zwischen der Landsberger und Frankfurter Allee vor und werden im Laufe des Tages jedes Haus sorgfältig auf Waffen untersuchen. Gegenwärtig stehen bereits mehrere Bataillone in Lichtenberg, die in den Vormittagsstunden noch Verstärkungen erhielten. In zahlreichen Häusern liegen Gewehre und Revolver, die von den Flüchtenden fortgeworfen worden sind. Es ist deshalb sehr schwierig, Gefangene zu machen, da die „Kämpfer" von gestern heute als friedliche Bürger umhergehen und sich aus Lichtenberg entfernen können, ohne daß es möglich ist, jeden einzelnen festzustellen.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Die Garde-Schützen-Kavallerie-Division teilt mit, daß die Nachrichten, es hätten Verhandlungen der Regierungstruppen mit den Spartakisten über Lichtenberg stattgefunden, unzutreffend sind. Die Führer der Regierungstruppen denken gar nicht daran, sich in irgendwelche Verhandlungen mit den Spartakisten einzulassen. Das unmenschliche Treiben der Aufrührer läßt den Regierungstruppen keine andere Wahl, als den Bestimmungen über das Standrecht gemäß zu verfahren.

Die Beute im Volksmarinehaus

Nach den jetzt vorliegenden Meldungen wurden bei der Erstürmung des Volksmarinehauses erbeutet: Zwei Feldgeschütze, 126 Maschinengewehre, über 4000 Gewehre, mehrere hundert Revolver, außerdem gewaltige Vorräte an Lebensmitteln, Wolldecken und sonstigem unterschlagenen Militärgut.

In der Nacht und am Vormittag kam es zu keinen größeren Kämpfen. Ein nächtlicher Ueberfall von Aufrührern gegen ein Stabsquartier der Regierungstruppen in Neukölln wurde rechtzeitig erkannt und vereitelt. In Charlottenburg und an einzelnen Stellen im Osten Berlins fanden zeitweilig Feuergefechte statt, die keinen nennenswerten Umfang annahmen.

Heute mittag wurde von Truppen der Gardekavallerie-Schützendivision am Frankfurter Hof ein bewaffneter Spartakist festgenommen, in dessen Besitz für 800 000 Mark geraubte Juwelen gefunden wurden. Er wurde sofort standrechtlich erschossen.

Besetzung des Gewerkschaftshauses

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Am heutigen Dienstag nachmittag wurde gegen 2 Uhr das Berliner Gewerkschaftshaus von Regierungstruppen besetzt. Die Soldaten nahmen sofort eine genaue Durchsuchung des ganzen Gebäudes nach Waffen und nach verdächtigen Personen vor. Da aber weder Verdächtige noch Waffen gefunden wurden, hob man gegen 4 Uhr die Besetzung wieder auf.

Was unsere Gefangenen erdulden

Berlin, 11. März.

Den deutschen Behörden sind erschütternde Nachrichten über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Belgien zugegangen. In Zonthem befindet sich ein Lager, in dem die Kriegsgefangenen sich auf einem größtenteils mit tiefem Schlamm bedeckten Hofe aufhalten müssen. Mißhandlungen durch die Wachtmannschaften sind überaus häufig. In Dixmuiden und Nieuport hausen die Kriegsgefangenen in Löchern zwischen Schutt und Wasser. Sie erhalten nur 150 Gramm Brot, zwei Becher Kaffee und dünne Suppen. Vielfach haben sie weder Stiefel, Mäntel noch Mützen. Arrest wird in nassen Unterständen verbüßt. Nachweiser werden während der Arreststrafe täglich an einen Baum gebunden. In Cozheyds müssen entflohene Kriegsgefangene die ersten Nächte nacht im Arrestlokal verbringen. Bezeichnend für die Gesinnung der belgischen Wachtmannschaften ist die Erklärung, höchstens die Hälfte der Gefangenen dürfe die Heimat wiedersehen. Die deutsche Regierung hat bei der belgischen Regierung schärfstens protestiert und Abhilfe gefordert.

*

Deutschlands Kriegsmacht der Zukunft

Paris, 11. März.

Der Oberste Kriegsrat, der die Größe des deutschen Heeres festsetzte, bestimmte endgültig die Zahl der Geschütze, Maschinengewehre und Gewehre, die Deutschland behalten darf, und beschloß, daß Deutschland keine Tanks und keine Kriegsflotte haben darf. Es darf nur 15 000 Matrosen zurückbehalten und nur wenige Luftfahrzeuge besitzen. Die Vorräte an Material und Munition, die die festgesetzte Menge überschreiten, müssen vernichtet und dürfen nicht ersetzt werden. Der Rat beschloß, den kleinen Mächten in der Finanzkommission sechs Vertreter und in der Wirtschaftskommission sieben Vertreter zuzugestehen.

Helft den zurückkehrenden Auslandsdeutschen!

Alle an der Fürsorge für die Auslandsdeutschen beteiligten Vereinigungen haben sich in der „Rückwandererhilfe E. V." zusammengeschlossen und wenden sich mit der Bitte um reichliche Gaben für die schwergeprüften und treuerprobten Brüder aus dem Ausland an das deutsche Volk. Eile tut not! Als Flüchtlinge, oft nach jahrelanger Internierungszeit, des Erwerbes und Vermögens beraubt, sollen sie nicht die Heimat erreichen, ohne daß ihnen hier für die erste Wiederaufrichtung ihrer Existenz Hilfe wird, damit sie ihre Kräfte daheim und draußen zum Wohle des ganzen Volkes von neuem betätigen können. Den Aufruf der „Rückwandererhilfe" haben unterzeichnet: Generalfeldmarschall von Hindenburg, der Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach, der Reichsminister Haußmann, Dr. Max Quarck, Kardinal von Hartmann, Reichsbankpräsident Havenstein und andere hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Die Geschäftsstelle der „Rückwandererhilfe" befindet sich Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 21. Einzahlungen werden erbeten auf Postscheckkonto Nummer 49 023 oder an die Reichsbank auf Konto „Rückwandererhilfe".

*

Vier polnische Heere vor Oberschlesien

Breslau, 11. März.

Der Aufmarsch von vier kongreßpolnischen Heeren an der oberschlesischen Grenze ist vollendet. Die stärkste dieser Armeen verfügt über 14 000 gut ausgerüstete und disziplinierte Leute, alle vier über starke Artillerie.

*

Kämpfe in Kurland

Libau, 11. März.

Frontbericht vom 10. März: Die Kämpfe um Laiseho und Bahnhof Ringen waren sehr schwer. Außer der gemeldeten Beute wurden zahlreiche Geräte, Artilleriemunition und eine Fahne erobert. Die Abteilung Schlenther hat Kutschany besetzt. Vorgeschobene Kavallerie erreichte Martinski nordöstlich Popljany. Die Eiserne Division und die Landeswehr sind im Vormarsch auf die Linie Wagargen—Neuauß—Eckhof—Alt-Schrunden—Seßiglen (westlich Frauenburg)—Wormen (südöstlich Goldingen). Eine bolschewistische Bedrohung Windaus wurde durch rasch zusammengetroffene Gegenmaßnahmen deutscher Landeswehr beseitigt.

*

Neue Streiks flackern auf

Zwickau, 11. März.

Heute früh sind sämtliche Belegschaften im Kohlengebiet Oelsnitz-Lugau in den Streik getreten, im ganzen 14 000 Mann, um auf die Verhandlungen, die zurzeit unter Wirtschaftsminister Schwarz in Zwickau stattfinden, einen Druck auszuüben.

Die „Herren Soldatenräte"

Gleiwitz, 11. März.

Im Gleiwitzer Soldatenrat ist ein großer Skandal aufgedeckt worden. Es handelt sich dabei u. a. um die Veruntreuung von 12 000 M. städtischer Gelder, die der Vorsitzende des Soldatenrates, den man eines Morgens betrunken aus dem Bett heraus verhaftete, unrechtmäßiger Weise von der Stadtkasse abgeholen hatte. In die Angelegenheit ist auch der Vorsitzende des Zentralsoldatenrats verwickelt, den man aber nicht erreichen konnte, der er „verreist" war. Auch ein Bolschewist, der früher im Dienst des russischen Bolschewismus gestanden hat, soll im Gleiwitzer Soldatenrat tätig sein.

Hemmnisse der Wohnungsreform

In der letzten Zeit sind große organisatorische Schritte erfolgt zur Förderung der Wohnungs- und Siedlungsreform, aber doch sind noch keineswegs alle Hindernisse eines flotten und unbehemmten Vorwärtsarbeitens beseitigt. Insbesondere hinderlich ist die noch immer vorhandene starke Zersplitterung der einschlägigen Befugnisse der Zentralbehörden. Wir haben jetzt einen besonderen Staatskommissar für das Wohnungswesen und ihm unterstellt, eine besondere Abteilung für Wohnungs- und Siedlungswesen im Reichsamte, aber daneben bearbeitet das Reichsjustizamt noch immer die Angelegenheiten des Miet- und Hypothekenrechtes. Weit auseinandergehen aber noch ist die Zersplitterung in Preußen. Dort ist zwar im vorigen Jahre die Verdichtung zahlreicher auf das Wohnungswesen bezüglicher Befugnisse verschiedener Ministerien bei den neugeschaffenen Staatskommissariaten für Wohnungswesen erfolgt, aber die Zuständigkeit dieser Stelle ist doch weit beschränkter, als gewöhnlich angenommen wird. Ferner ist die ländliche Wohnungsfürsorge in Preußen dem Landwirtschaftsminister verblieben und ebenso — merkwürdigerweise — auch die Aufsicht über das doch fast ganz städtische Institut der Hypothekenbanken. Angesichts dieser Verhältnisse wird ernstlich zu prüfen sein, ob nicht im Interesse unseres Wohnungs- und Siedlungswesens die Befugnisse der zuständigen Abteilung im Reichsarbeitsamte und des preußischen Staatskommissariats für Wohnungswesen noch weiter auszubauen sind.

Liman von Sanders Schicksal

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Zürich, 11. März.

Liman von Sanders wurde auf dem Wege nach Deutschland verhaftet und nach Malta gebracht, von dort wurde er nach Konstantinopel überführt, wo er vor das Kriegsgericht gestellt werden wird.

*

Rücktrittsgesuch Dr. Koeth's

Weimar, 11. März.

Der Reichsminister des Demobilmachungsamtes Dr. Koeth hat, wie das „Berl. Tageebl." hört, seine Entlassung zum 1. April erbeten. Er hat sein Entlassungsgesuch damit begründet, daß die Demobilmachung am 1. April vollständig durchgeführt sei.

Halle und Umgebung

Halle, 12 März.

Trauerfeier für Oberstleutnant v. Klüber

Am Dienstag nachmittag um 3 Uhr wurde in der Garnisonkirche am Domplatz eine schlichte Trauerandacht abgehalten für den am Sonntag, dem 2., vom Pöbel ermordeten Oberstleutnant v. Klüber, den Stabschef des Landesjägerkorps, der die Brigade als Vertreter der Regierung nach Halle begleitete. Auf dem Domplatz hatten mehrere Formationen, zu Fuß und beritten, Aufstellung genommen. Gegen 3 Uhr fuhr im Kraftwagen Generalmajor Maercker mit den Offizieren des Stabes vor, schritt die Front ab und begab sich in die Kirche. Hier war bereits ein großer Kreis von Trauergästen aus der Bevölkerung und von Offizieren und Mannschaften der Landesjäger-Brigade versammelt. Man sah u. a. den Kriegsminister Reinhard, den Vizepräsidenten der Nationalversammlung Haußmann, die Abgeordneten Dr. Pfeiffer, Grunau und andere namhafte Persönlichkeiten mehr. Am Altarraum stand unter brennenden Kerzen, vor dem Bilde des Erlösers aufgebahrt, bedeckt von Kränzen und Blumen, der Sarg, die drei L.-J.-Abteilungen, die Stadt, die Beamten der Oberpolizeidirektion u. a. m. hatten Kränze niedergelegt. Die Trauerversammlung sang die ersten beiden Verse des Liedes „Jesus meine Zuversicht", dann ergriff Diskussionsprediger Schneider das Wort zu schlichten, wuchtenden Ansprache über die Worte aus dem Auferstehungsevangelium (23, 28) „Ihr Töchter von Jerusalem, weinet nicht über mich, sondern weinet über euch selbst und über eure Kinder". Redner zeichnete ein Bild der Persönlichkeit des Toten als eines Mannes von hohen deutschen und menschlichen Gaben, der mit allen Fasern seines Herzens am Vaterlande hing, ihm auch in diesen schweren Tagen der Prüfung dienen wollte, da andere murrend beiseite stehen und in diesem Dienste unter die Mörder fiel und eines grauenvollen Todes sterben mußte. Männer wie ihn braucht das Vaterland, wenn es sich aus seiner tiefsten Erniedrigung wieder aufrichten will. Wehe über die Stadt, da eine solche Tat geschah! Nicht zur Sünde des Toten wolle es, wollen wir über ihn und seinen Tod Tränen der Klage vergießen. Doch klagen wollen wir über uns und unser Volk, daß eine Untat wie diese geschehen mußte. Möge Gott uns die Einsicht zur Buße schenken und uns einen neuen Sinn geben, daß Deutschland sich aus dem Elend emporringe zu lichteren Tagen. — Darnach sprach im Namen der Nationalversammlung deren Vizepräsident Haußmann einen prächtigen Kranz grüner Lorbeeren mit dankenden und ehrenden Worten am Sarge nieder. Oberstleutnant v. Klüber, so führte er aus, war berufen worden, die militärische Sicherung der Nationalversammlung in Weimar zu übernehmen. Seiner Umsicht und Tatkraft ist es zu danken, daß das Parlament daselbst ungestört und unerschüttert in ruhigem Bewußtsein der Sicherheit seiner Verhandlungen pflegen und Beschlüsse fassen konnte. Als der Generalstreik Weimar von der Bahnverbindung mit dem Reiche abzuschneiden drohte, eilte er nach Halle, um die Ordnung wiederherzustellen, und über traf ihn sein tragisches Schicksal. Sein Name wird zu denen gehören, die in die Bücher der Geschichte eingeschrieben werden. — Die Trauergemeinde erhob sich hierauf zum Gebet und zum gemeinsamen Gesang „Befiehl du deine Wege", dann erhoben acht Unteroffiziere den Sarg und trugen ihn hinab auf den Platz. Die Truppen präsentierten, und die Kapelle spielte „Jesus, meine Zuversicht". Dann wurde der Leichnam zum Bahnhof überführt. In den Straßen stellte sich eine vielhundertköpfige Menge angesammelt.

Volkswirtschaft

* Eine „Reichsledersteile" ist trotzdem Uebergangs der Leder- und Häutebewirtschaftung von der Kriegs-Rohstoffabteilung auf das Reichswirtschaftsministerium als Kontrollstelle für freigegebenes Leder eingerichtet worden.

ss. Zahnräderfabrik Küllmann, Aktiengesellschaft in Lehnitz. Die Generalversammlung beschloß unter Kürzung der gesetzlichen Rücklage 1 Proz. mehr, also 14 Proz. Dividende auszuschütten und außerdem aus der Rücklage II einen Bonus von 6 Prozent nominal Kriegsanleihe zu verteilen.

ss. Leipziger Immobiliengesellschaft. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, den für das Jahr 1918 ergebenden Ueberschuß von 161 384 M. (124 068 M.) auf neue Rechnung vorzutragen. Eine Dividende für das vergangene Geschäftsjahr gelangt somit nicht zur Verteilung.

* Die Riesaer Bank A.-G. zu Riesa beantragt eine Kapitalserhöhung um 500 000 M. auf 2 Millionen Mark.

* Asbest- und Gummiwerke Alfred Calmon, Aktiengesellschaft Hamburg. Der Bericht über das 23. Geschäftsjahr weist ein schließlich des Vortrags aus 1917 einen Ueberschuß von 109 846 201 M. auf. Nach Abschreibung von 101 515,46 M. werden aus der verbleibenden 991 936,55 M. unter anderem 12 Prozent Dividende ausgeschüttet und 88 736,55 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Das Schiffsel und die Erstlingsmöglichkeit der Gesellschaft ist immer noch abhängig von ausländischen Lieferung aller Rohstoffe. Die Sicherung bei eine von den Friedensunterhändlern unbedingt zu erwirkende Forderung.

Verantwortlich: Helmut Hüttcher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903121-11/fragment/page=0002